



RESOLUTION DES MINISTERKABINETTS DER UKRAINE

vom 28. Februar 2022 Nr. 168
Kiew

Die Ausgabe einiger Zahlungen an Soldaten, Gefreite und Kommandeure, Polizisten und ihre Familien während des Kriegsrechts

{In der Fassung der Beschlüsse Nr. 217 des Ministerkabinetts vom 07.03.2022 Nr. 350 vom 22.03.2022 Nr. 400 vom 01.04.2022 Nr. 754 vom 01.07.2022 Nr. 793 vom 07.07.2022 Nr. 1066 vom 27.09.2022 Nr. 1146 vom 08.10.2022

Nr. 43 vom 20.01.2023 }

Gemäß den Dekreten des Präsidenten der Ukraine vom 24. Februar 2022 Nr. 64 "Über die Verhängung des Kriegsrechts in der Ukraine" und Nr. 69 "Über die allgemeine Mobilmachung" **beschließt** das Ministerkabinett der Ukraine:

1. Feststellung, dass für die Dauer des Kriegsrechts Soldaten der Streitkräfte, des Sicherheitsdienstes, des Auslandsnachrichtendienstes, der Hauptnachrichtendienstdirektion des Verteidigungsministeriums, der Nationalgarde, des staatlichen Grenzschutzdienstes, der staatlichen Wachabteilung, des staatlichen Dienstes für besonderen Kommunikations- und Informationsschutz, des staatlichen Sondertransportdienstes, Personen des einfachen und kommandierenden Personals des staatlichen Notfalldienstes, Personen des Befehlsstabs der Abteilung für Spezialkräfte Die Tätigkeit des Nationalen Antikorruptionsbüros und der Polizeibeamten erhält eine zusätzliche Vergütung von bis zu 30000.100 Hrywnja proportional pro Monat, und diejenigen von ihnen, die direkt an den Feindseligkeiten beteiligt sind oder die Umsetzung von Maßnahmen zur nationalen Sicherheit und Verteidigung, zur Abwehr und Abschreckung bewaffneter Aggressionen sicherstellen, befinden sich direkt in den Bereichen ihres Verhaltens (Umsetzung), insbesondere auf dem Gebiet der Ukraine, das vorübergehend von der Russischen Föderation besetzt ist, Auf dem Gebiet zwischen den Positionen der Verteidigungskräfte und den Positionen der Truppen des Aggressorstaates erhöht sich die Höhe dieser zusätzlichen Vergütung während der Durchführung dieser Maßnahmen (einschließlich der Wehrpflichtigen) auf 000.100000 UAH pro Monat im Verhältnis zur Zeit der Teilnahme an solchen Aktionen und Aktivitäten. Personen des ordentlichen und kommandierenden Personals der territorialen (interregionalen) paramilitärischen Formationen des staatlichen Kriminal- und Exekutivdienstes, die vom Oberbefehlshaber der Streitkräfte in der operativ-strategischen Gruppe der betreffenden Truppengruppe zur direkten Teilnahme an Feindseligkeiten oder zur Gewährleistung der Umsetzung von Maßnahmen für die nationale Sicherheit und Verteidigung, die Abwehr und Abschreckung bewaffneter Aggressionen beteiligt sind und sich während des Zeitraums der Durchführung direkt in den Bereichen militärischer (Kampf-)Operationen befinden Für diese Tätigkeiten wird eine zusätzliche Vergütung von bis zu ∞ UAH pro Monat gezahlt, die proportional zur Zeit der Teilnahme an solchen Aktionen und Aktivitäten erfolgt.

{Der erste Absatz von Absatz 1 in der Fassung der Beschlüsse des Ministerkabinetts Nr. 217 vom 07.03.2022 - gültig ab 24. Februar 2022, Nr. 350 vom 22.03.2022 - gültig ab 24. Februar 2022, Nr. 754 vom 01.07.2022 - gültig ab 1. Juni 2022, Nr. 793 vom 07.07.2022 - gültig ab 24. Februar 2022, Nr. 1146 vom 08.10.2022 - gültig ab 1. September 2022 , Nr. 43 vom 20.01.2023}

Personen, die im ersten Absatz dieses Absatzes aufgeführt sind und Kampfaufgaben (Sonderaufgaben) als Teil eines militärischen Führungsorgans, des Hauptquartiers einer Gruppe von Truppen (Streitkräften) oder des Hauptquartiers einer taktischen Gruppe bis zum Kontrollpunkt einer operativ-strategischen Truppengruppe einschließlich (einschließlich außerhalb der Bereiche der Kampfoperationen) ausführen, die die operative (Kampf-)Kontrolle von Militäreinheiten und Einheiten ausübt, die militärische (Kampf-)Operationen an der Kampflinie in einer Entfernung von Kampfhandlungen durchführen (besondere) Aufgaben einer militärischen Einheit (Einheit, einschließlich kombiniert) der ersten Verteidigungsstaffel oder Offensive (Gegenoffensive, Gegenangriff), kann die Höhe der zusätzlichen Vergütung gemäß den vom Verteidigungsministerium festgelegten Bedingungen und Beträgen erhöht werden, jedoch nicht mehr als 50000.∞ Griwna.

{Absatz 1 wird gemäß dem Beschluss des Ministerkabinetts Nr. 43 vom 20.01.2023 durch einen neuen Absatz ergänzt}

Die Abgrenzung und Zahlung von Steuern, Gebühren und Beiträgen zu den entsprechenden Haushalten erfolgt in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise wie bei der monetären Sicherheit.

{Absatz 1 wird gemäß dem Beschluss des Ministerkabinetts Nr. 793 vom 07.07.2022 - gültig ab 24. Februar 2022 - durch einen neuen Absatz ergänzt}

Die Zahlung dieser zusätzlichen Vergütung erfolgt auf der Grundlage von Befehlen der Befehlshaber (Chiefs).

In Übereinstimmung mit den Anordnungen zur Zahlung einer zusätzlichen Vergütung, die auf 100000.<> UAH erhöht wurde, umfassen die in diesem Absatz genannten Personen die in diesem Absatz genannten Personen, einschließlich derjenigen, die:

{Absatz 1 wird durch einen Absatz gemäß dem Beschluss des Ministerkabinetts Nr. 400 vom 01.04.2022 - gültig ab 24. Februar 2022 - ergänzt}

im Zusammenhang mit Verletzungen (Prellungen, Traumata, Verstümmelungen) im Zusammenhang mit der Verteidigung des Vaterlandes und für Polizeibeamte und ordentliches und kommandierendes Personal des Zivilschutzdienstes - mit Teilnahme an Feindseligkeiten oder Gewährleistung der Umsetzung von Maßnahmen für die nationale Sicherheit und Verteidigung, Abwehr und Abschreckung bewaffneter Aggressionen, die sich direkt in den Bereichen ihres Verhaltens (Umsetzung) befinden, insbesondere auf dem Gebiet der Ukraine, das vorübergehend von der Russischen Föderation besetzt ist, auf dem Gebiet zwischen den Positionen der Verteidigungskräfte und den Stellungen der Truppen des Aggressorstaates, während der Durchführung dieser Maßnahmen, sich in Gesundheitseinrichtungen (einschließlich ausländischer) stationär behandeln lassen, einschließlich des Zeitpunkts der Verlegung von einer Krankenhaus-Gesundheitseinrichtung in eine andere, oder nach einer schweren Verwundung gemäß der Schlussfolgerung (Beschluss) der militärmedizinischen (medizinischen Sachverständigen-, medizinischen) Kommission zur Behandlung beurlaubt sind;

{Absatz 1 wird ergänzt durch einen Absatz gemäß dem Beschluss des Ministerkabinetts Nr. 400 vom 01.04.2022 - gültig ab 24. Februar 2022 ; geändert durch die Beschlüsse des Ministerkabinetts Nr. 793 vom 07.07.2022 - gültig ab 24. Februar 2022, Nr. 43 vom 20.01.2023 }

gefangen genommen (mit Ausnahme derjenigen, die sich freiwillig ergeben haben) oder Geiseln sind, sowie in neutralen Staaten interniert oder vermisst (wenn diese Ereignisse sowohl vor der Einführung des Kriegsrechts als auch nach seiner Einführung eingetreten sind);

{Absatz 1 wird durch einen Absatz gemäß dem Beschluss des Ministerkabinetts Nr. 400 vom 01.04.2022 - gültig ab 24. Februar 2022 - ergänzt}

getötet (gestorben an den Folgen von Verletzungen, die nach der Einführung des Kriegsrechts erlitten wurden) - Die Zahlung erfolgt für den gesamten Monat, in dem die Person gestorben (gestorben) ist.

{Absatz 1 wird durch einen Absatz gemäß dem Beschluss des Ministerkabinetts Nr. 400 vom 01.04.2022 - gültig ab 24. Februar 2022 - ergänzt}

2. Festlegen, dass den Familien der in Absatz 1 dieser Resolution genannten verstorbenen Personen eine einmalige finanzielle Unterstützung in Höhe von 15.000.000 UAH gezahlt wird, die zu gleichen Teilen an alle Empfänger gemäß Artikel des Gesetzes der Ukraine "Über den sozialen und rechtlichen Schutz von Soldaten und Familienangehörigen" verteilt wird, mit Ausnahme von Bürgern der Russischen Föderation oder der Republik Belarus und Personen mit ständigem Wohnsitz auf dem Territorium dieser Länder, Personen, die wegen Hochverrats, Kollaboration und Unterstützung des Aggressorstaates verurteilt wurden.

{Absatz 2 Absatz 1066 in der Fassung des Beschlusses des Ministerkabinetts Nr. 27 vom 09.2022. <>}

Personen, die Anspruch auf eine in diesem Beschluss vorgesehene finanzielle Pauschalhilfe haben, können dieses Recht ab dem Zeitpunkt ihres Eintritts ausüben. Der Tag des Eintritts eines solchen Rechts ist der Todestag der in Absatz 1 dieses Beschlusses genannten Person während der in der Sterbeurkunde angegebenen Zeit des Kriegsrechts.

{Absatz 2 wird gemäß dem Beschluss des Ministerkabinetts Nr. 400 vom 01.04.2022 - gültig ab dem 24. Februar 2022 - durch einen neuen zweiten Absatz ergänzt}

Im Falle der Verweigerung einer oder mehrerer Personen, die Anspruch auf eine in diesem Beschluss vorgesehene pauschale finanzielle Unterstützung haben, ab deren Erhalt oder wenn diese Personen ein solches Recht nicht innerhalb von drei Jahren ab dem Zeitpunkt des Entstehens eines solchen Rechts ausgeübt haben, werden ihre Anteile auf andere Personen verteilt, die Anspruch auf eine pauschale finanzielle Unterstützung haben. Personen, die Anspruch auf eine pauschale finanzielle Unterstützung haben, erfolgt die Auszahlung ihres Anteils unabhängig von der Ausübung eines solchen Rechts durch andere Personen.

{Absatz 2 wird gemäß dem Beschluss des Ministerkabinetts Nr. 400 vom 01.04.2022 - gültig ab 24. Februar 2022 - durch einen neuen dritten Absatz ergänzt}

Beantragen nach der Ernennung und Auszahlung einer im ersten Absatz dieses Absatzes genannten Pauschalbeihilfe andere Personen, die Anspruch darauf haben, diese Unterstützung, so wird die Frage der Umverteilung des Betrags dieser Unterstützung im gegenseitigen Einvernehmen der Personen oder vor Gericht gelöst.

{Absatz 2 wird gemäß dem Beschluss des Ministerkabinetts Nr. 400 vom 01.04.2022 - gültig ab dem 24. Februar 2022 - durch einen neuen vierten Absatz ergänzt}

Die in Absatz 1 dieses Beschlusses genannten staatlichen Stellen haben das Recht, aus staatlichen Registern Informationen über Personen zu erhalten, die Anspruch auf eine pauschale finanzielle Unterstützung haben.

{Absatz 2 wird gemäß dem Beschluss des Ministerkabinetts Nr. 400 vom 01.04.2022 - gültig ab dem 24. Februar 2022 - durch einen neuen fünften Absatz ergänzt}

Die Zahlung der in diesem Absatz vorgesehenen einmaligen finanziellen Unterstützung erfolgt auch an die Familien der in Absatz 1 dieser Resolution genannten Personen, die infolge von Verletzungen (Prellungen, Verletzungen, Verletzungen) gestorben sind, die sie während der Zeit des Kriegsrechts bei der Verteidigung des Vaterlandes, bei der Teilnahme an Feindseligkeiten oder bei der Gewährleistung der Durchführung von Maßnahmen zur nationalen Sicherheit und Verteidigung, zur Abwehr und Abschreckung bewaffneter Aggressionen erlitten haben und sich direkt in den Bereichen ihres Verhaltens befinden (Umsetzung), insbesondere auf dem Gebiet der Ukraine, das vorübergehend

von der Russischen Föderation besetzt ist, auf dem Gebiet zwischen den Positionen der Verteidigungskräfte und den Positionen der Truppen des Aggressorstaates, während der Durchführung dieser Maßnahmen, spätestens ein Jahr nach der Verletzung (Prellung, Verletzung, Verstümmelung).

{Absatz 2 wird gemäß dem Beschluss des Ministerkabinetts Nr. 400 vom 01.04.2022 - gültig ab 24. Februar 2022 ; geändert durch die Beschlüsse des Ministerkabinetts Nr. 793 vom 07.07.2022 - gültig ab 24. Februar 2022, Nr. 43 vom 20.01.2023 - geändert durch den Ministerkabinettsbeschluss Nr. <> vom <>. <>. <>}

Die einmalige Bargeldhilfe wird an eine Person gezahlt, indem Gelder von einer autorisierten Stelle auf ein Konto bei einer öffentlichen Bank überwiesen werden, das vom Empfänger im Antrag angegeben wird.

{Absatz 2 wird gemäß dem Beschluss des Ministerkabinetts Nr. 1066 vom 27.09.2022 durch einen neuen Absatz ergänzt}

Hat die Familie des Erblassers gleichzeitig Anspruch auf eine in dieser Verordnung vorgesehene pauschale Geldbeihilfe und eine in anderen Rechtsakten festgelegte pauschale Bar- oder Entschädigungszahlung, so erfolgt eine dieser Zahlungen nach ihrer Wahl.

2¹. Feststellung, dass die Leiter der zuständigen Ministerien und staatlichen Organe das Verfahren und die Bedingungen für die Zahlung zusätzlicher Vergütungen, einmaliger Bargeldhilfen, die Höhe der Zahlung zusätzlicher Vergütungen in Höhe von bis zu 30000.<> Griwna festlegen.

{Der Beschluss wird ergänzt durch Absatz 2-1 gemäß dem Beschluss des Ministerkabinetts Nr. 793 vom 07.07.2022 gültig ab 24. Februar 2022; geändert durch den Beschluss des Ministerkabinetts Nr. 43 vom 20.01.2023}

3. Das Finanzministerium prüft die Frage der Erhöhung der Ausgaben an die zuständigen Verwalter von Haushaltsmitteln, um die Umsetzung dieses Beschlusses sicherzustellen.

4. Die Wirkung des Absatzes 1 Absatz 20 des Beschlusses des Ministerkabinetts der Ukraine vom 2016. Januar 18 Nr. 2016 "Einige Fragen der finanziellen Unterstützung für Soldaten, Gefreite und Kommandeure und Polizisten" (Amtsblatt der Ukraine, 6, Nr. 316, S. <>) bis zur Beendigung oder Aufhebung des Kriegsrechts auszusetzen.

5. Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Veröffentlichung in Kraft und gilt ab dem 24. Februar 2022.

**Ministerpräsident der
Ukraine**

D. SHMYHAL

Inder. 29



Питання деяких виплат військовослужбовцям, особам рядового і начальницького складу, поліцейським та їх сім'ям під час дії воєнного стану

Постанова Кабінету Міністрів України від 28.02.2022 № 168

Редакція від **21.01.2023**, підстава — [43-2023-п](#)

Постійна адреса:

<https://zakon.rada.gov.ua/go/168-2022-%D0%BF>

Законодавство України
станом на 07.07.2023

чинний



168-2022-р

Публікації документа

- Урядовий кур'єр від 28.02.2022 — № 43
- Офіційний вісник України від 01.04.2022 — 2022 р., № 25, стор. 92, стаття 1253, код акта 110498/2022